

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Peter Corterier MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt, erläutert, warum der Beitritt Spaniens in die EG besonders wichtig ist.  
Seite 1

Klaus-Dieter Kühbacher MdB analysiert die Oppositionshaltung während der Haushaltsberatungen: Erst fordern, dann distanzieren.  
Seite 2-4

Dagmar Luuk MdB ist skeptisch, ob der Fern-tourismus den Ländern der Dritten Welt heute wirklich hilft.  
Seite 5-7

Ewald Dressmann MdL beleuchtet die Verschuldungspolitik der Regierung Albrecht.  
Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

37. Jahrgang / 39

26. Februar 1982

Spanien gehört zu Europa

Die EG-Beitrittsverhandlungen zügig führen

Von Dr. Peter Corterier MdB  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Spanien ist ein Teil Europas. Europa ist ohne Spanien unvollständig. Wir sind zum Handeln aufgerufen, und Handeln bedeutet hier und jetzt die Beitrittsverhandlungen in Brüssel so intensiv und zügig zu führen, daß Spanien so bald wie möglich beitreten und die Süderweiterung zeitgerecht vollendet werden kann.

Wir alle haben ein starkes Interesse daran, daß sich die demokratischen Strukturen, die Spanien sich selbst gegeben hat, in Zukunft noch mehr festigen. Nur dadurch wird sich das Land seinen zukünftigen Aufgaben voll gewachsen zeigen und sich seiner europäischen Bestimmung entsprechend entfalten können. Mit der Verknüpfung mit den etablierten Demokratien Europas wird die spanische Demokratie eine Stärkung erfahren, die für ihre Zukunft richtungsweisend sein kann.

Nur eine international starke EG wird der ihr zukommenden Rolle gegenüber den USA, der Dritten Welt sowie im Rahmen des Ost-West-Verhältnisses gerecht werden können. Die zwingenden außenpolitischen Gründe, die für die Erweiterung sprechen, werden so nach deren Vollendung zu einem politischen Gewinnposten für uns alle werden. In den Beitrittsverhandlungen in Brüssel müssen wir versuchen, die bestmöglichen Beitrittsbedingungen auszuhandeln.

Dabei kann es nicht um die Durchsetzung von Einzelinteressen gehen. Entscheidend wird vielmehr sein, ein in sich austariertes Gefüge von Anpassungsregeln und Übergangsfristen zu schaffen, das eine optimale Integration der spanischen Wirtschaft in das Gemeinschaftssystem verspricht.

Auch die Gemeinschaft befindet sich in einer Phase des Übergangs und der Anpassung. Wir gehen weiterhin schwierigen innergemeinschaftlichen Verhandlungen entgegen. Wir sind aber entschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien darunter nicht leiden zu lassen. Gewisse Verzögerungen hat es bereits gegeben, doch konnten sie in Grenzen gehalten werden.

Die Beitrittsverhandlungen können parallel zur internen Reform der EG geführt werden. Nur so läßt sich, auch zeitlich gesehen, ein vorzeigbares Ergebnis erzielen.  
(-/26.2.1982/v0-hc/va)



**Die Forderung der CDU/CSU nach Abbau der Sozialleistungen**

Eine Dokumentation der CDU/CSU-Strategie an verschiedenen Beispielen

Von Klaus-Dieter Kühbacher MdB

Die CDU/CSU schlägt immer wieder eine Fünf-Prozent-Kürzung aller Subventionen und Leistungen vor und versucht damit den Anschein eines sozialen und ausgewogenen Konzepts zu erwecken. Die einzigen konkreten Vorschläge, die die CDU/CSU macht, treffen aber einseitig nur die sozial schwachen Gruppen.

Jetzt verlangt die CDU/CSU schon wieder Einschnitte ins soziale Netz - auch bei den Sozialleistungen -, nachdem sie schon bei den Diskussionen um das 2. Haushaltsstrukturgesetz massive Eingriffe im Sozialbereich gefordert hatte. Die Sozialleistungen sind erneut in die öffentlichen Diskussionen geraten, weil

- auf der kommunalen Ebene die im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat auf Drängen der CDU/CSU beschlossenen Kürzungen im Sozialhilfebereich nunmehr in die Tat umgesetzt werden; und hier beschäftigt besonders die Kürzung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner die Öffentlichkeit,
- die CDU/CSU den Sozialleistungsbereich als eine Finanzierungsquelle für ein "Beschäftigungsprogramm" ins Gespräch gebracht hat.

Zur Zeit scheint Unklarheit darüber zu bestehen, wer für die schon beschlossenen und jetzt umzusetzenden Kürzungen bei den Sozialhilfeleistungen die Verantwortung trägt. Dies ist zum Teil die Folge der CDU/CSU-Strategie, sich von ihrer eigenen Initiative und ihren eigenen Kürzungsforderungen zu distanzieren.

Die Verantwortung für die schon beschlossenen Kürzungen im Sozialhilfebereich liegt bei der CDU/CSU. Die Kürzungen wurden im Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat von der CDU/CSU zur Bedingung für deren Zustimmung zum 2. Haushaltsstrukturgesetz gemacht. In keinem Entwurf der Bundesregierung waren diese Kürzungen enthalten. Hätte die Bundesregierung diesen Kürzungen nicht zugestimmt, wäre das gesamte 2. Haushaltsstrukturgesetz gescheitert.

Die Forderungen der CDU/CSU nach Kürzungen bei der Sozialhilfe lassen sich dokumentieren; nachfolgend nur einige Beispiele aus der Vielzahl der stets in dieselbe Richtung zielenden Meinungsäußerungen von Vertretern der CDU/CSU:

1. In ihrer Stellungnahme zu den finanzpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung (vom 3. September 1981) hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Kohl/Kiepschen Fassung unter Punkt IV, 6 Bund und Länder aufgefordert, "Vorschläge zu machen, um Ausweitungen der Kosten der Sozialhilfe für alle Sozialhilfeträger zu verhindern. Ziel dieser Vorschläge muß vor allem sein, das Prinzip der Bedarfsdeckung strenger zu fassen und Hilfen in besonderen Lebenslagen auf das Notwendige zu beschränken. Ferner müssen Regelungen getroffen werden, die verhindern, daß Kürzungen bei den sozialen Leistungsgesetzen zu neuen Rechtsansprüchen an die Sozialhilfe führen". (PresseDienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 9. September 1981)
2. Auf der traditionellen Herbstsitzung der Gesamtfraktion von CDU/CSU erklärte der Fraktionsvorsitzende Dr. Kohl im Berliner Reichstag am 15. September 1981, daß zwischen der Bundestagsfraktion und den Ministerpräsidenten der unionsregierten Bundesländer "völlige Übereinstimmung" in Fragen der Haushaltssanierung bestehe (ddp Berlin vom 15. September 1981). Ministerpräsident Stoltenberg stellte Anträge des Bundesrates in Aussicht, durch die der Kostenanstieg in der Sozialhilfe begrenzt und die Schülerförderung nach dem Ausbildungsförderungsgesetz reduziert werden sollten (ddp Kiel, Bonn, Hannover vom 15. September 1981).
3. In der 503. Sitzung des Bundesrates am 25. September 1981 haben die unionsregierten Länder mit ihrer Mehrheit dann ihre Kürzungen als Gesetzesvorschläge ausformuliert und in die Gesetzgebung als Stellungnahme zum 2. Haushaltsstrukturgesetz (Bundesratsdrucksache 363/81) eingebracht. Erst diese Gesetzesinitiative des Bundesrates er-



möglichte es der CDU/CSU im Vermittlungsverfahren, Teile ihrer Vorschläge durchzusetzen. Ihre Vorschläge enthielten unter anderem:

- Begrenzung der Steigerung der Regelsätze in den nächsten zwei Jahren auf drei Prozent jährlich,
- Kürzungen beim Zusatztaschengeld von Heimbewohnern,
- Herabsetzung der Mehrbedarfzuschläge von 30 auf 20 Prozent für Personen über 65, Erwerbsunfähige, werdende Mütter, Tuberkulosekranke, Alleinerziehende,
- Umwandlung der Sozialhilfe in Darlehen, wenn die Bedürftigkeit nur vorübergehend vorliegt,
- Kürzungen bei der Krankenkostzulage.

4. Auf dem 30. Bundesparteitag der CDU vom 2. bis 5. November 1981 hat der Parteivorsitzende Dr. Kohl noch einmal ausdrücklich und unter starkem Beifall die Position der Union dargelegt: "Aber wir wollen auch offen sagen, daß wir nicht bereit sind es hinzunehmen, daß auf Kosten der Fleißigen Faule sich in diesem Teil des Netzes sozialer Sicherheit bereichern. (Beifall). Aus diesem Grunde haben wir Vorschläge zur Änderung der Arbeitslosenförderung, bei der Sozialhilfe - etwa im Hinblick auf die gewaltige Kostensteigerung der Sozialhilfeträger -, gemacht."

5. Nachdem die CDU/CSU einen Teil ihrer Vorschläge im Vermittlungsausschuß durchgesetzt hatte, wies der bayerische Finanzminister Streibl im Bundesrat am 18. Dezember 1981 stolz auf "die von der Union durchgesetzten Minderausgaben bei der Sozialhilfe" hin.

Kaum hatte die CDU/CSU ihre Kürzungen im Sozialbereich durchgesetzt, distanzierte sie sich von ihrer eigenen Politik. Der CSU-Vorsitzende Dr. Strauß erklärte: "Auch bei der Sozialhilfe sei an der falschen Stelle gespart worden. Daran seien allerdings die Unionsländer mit schuld, denn den alten, vielfach auch behinderten Heimbewohnern das Taschengeld zu kürzen, bringe nicht viel und sei sozial ungerechter, als wenn man die Gesamtheit der Leistungen aus der Sozialhilfe um fünf Prozent gesenkt hätte. Insgesamt sei das Reservoir an Einsparungen konsumptiver Ausgaben nicht ausgeschöpft worden" (Süddeutsche Zeitung vom 3. Februar 1982).

Davor hatte sich auch schon der CDU-Vorsitzende Dr. Kohl distanziert: "Es wird mir ewig unerfindlich bleiben, wieso die sozialdemokratischen Kollegen am Ende der Entscheidung des Vermittlungsausschusses bei der letzten Runde im Dezember nicht bereit waren, auf unsere Vorschläge einzugehen, wieso sie bereit waren, etwa bei den Rentnern im Altersheim das Taschengeld zu kürzen, aber nicht bereit waren, Schülern, die zu Hause wohnen können, eine Kürzung des BAföG zuzumuten". (Deutscher Bundestag am 19. Januar 1982)



Aktuell sind die Kürzungsvorschläge der CDU/CSU bei den Sozialleistungen wieder geworden, weil die CDU/CSU die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms durch Streichungen im sozialen Bereich ersetzen will; sie hat dazu ihre alten Kürzungsvorschläge erneut auf den Tisch gelegt. Vor diesem Hintergrund erhält die Äußerung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht ihre eigentliche Bedeutung; er hatte am 18. Dezember 1981 im Bundesrat erklärt: "... ist immer noch Zeit, meine ich, über die Vorschläge weiter nachzudenken, die der Bundesrat unterbreitet hat und die bisher nicht die Zustimmung des Bundestages finden konnten".

Die CDU/CSU fordert also abermals tiefe Einschnitte in die soziale Sicherheit und versucht, über den Bundesrat ihre verteilungspolitischen Ziele durchzusetzen: Bei den Sozialhilfeempfängern und den Eltern BAföG-geförderter Schüler sieht sie eine Reservekasse, aus der die Investitionszulagen für Unternehmer finanziert werden sollen.

Daß Kürzungen bei der Ausbildungsförderung zwangsläufig zu Mehrausgaben bei der Sozialhilfe führen - dies verschweigt die CDU/CSU der Öffentlichkeit geflissentlich. Es wird geschätzt, daß die vorgeschlagenen Kürzungen der CDU/CSU beim BAföG zu Mehrbelastungen bei der Sozialhilfe und damit der kommunalen Haushalte von rund 300 Millionen DM führen. Von echten Einsparungen kann hier also gar nicht die Rede sein. Diejenigen, die zurecht auch finanzielle Entlastungen für die kommunalen Haushalte fordern, müssen erkennen, daß die Vorschläge der CDU/CSU hierfür nicht geeignet sind. Wer wie die CDU/CSU Einschränkungen beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe, beim BAföG und so weiter fordert, muß wissen, daß Kürzungen am sozialen Netz zwangsläufig zu erheblichen Mehrbelastungen bei der Sozialhilfe führen.

Auf dem 30. Bundesparteitag hatte der Parteivorsitzende Dr. Kohl in seiner Grundsatzrede erklärt: "Jetzt wollen wir Maßnahmen für die letzte Etappe auf unserem Wege in die Regierungsverantwortung".

Die Kürzungsvorschläge im Sozialbereich zeigen, wie dieser Weg nach den Vorstellungen der CDU/CSU gepflastert sein soll.

(-/26.2.1982/hj/va)

+ + +



## Die Kinderkrankheiten des Ferntourismus

Zur Eröffnung der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin

Von Dagmar Luuk MdB

Die Touristik-Branche der Welt trifft sich in diesen Tagen unter dem Berliner Funkturm zur Internationalen Tourismus-Börse. Über 100 Länder, die Mehrzahl unter ihnen Entwicklungsländer, präsentieren auf der ITB 1982 ihr Angebot und kämpfen um Marktanteile. Die Branche ist zuversichtlich, auch weiterhin Wachstumsraten verzeichnen zu können. Der internationale Reiseverkehr - das zeigt die Vergangenheit - ist gegenüber konjunkturellen Einbrüchen weniger anfällig als andere Wirtschaftszweige.

Angesichts der Wachstumskrisen in den Industrieländern, angesichts real zurückgehender Entwicklungshilfen der westlichen Welt, angesichts drohender Projektstops, die nach der Kürzung der Mittel für die Weltbanktochter IDA schwerlich zu umgehen sind, sollten diejenigen Möglichkeiten der Entwicklungshilfe besser genutzt werden, die sich durch den Ferntourismus in die Dritte Welt ergeben. Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Gastländern, Reiseveranstaltern und den Herkunftsländern gibt die Möglichkeit dazu, die staatliche Entwicklungshilfe ist vorbereitet, und die Touristen sind nicht abgeneigt, die entwicklungspolitische Komponente in diesem Milliardengeschäft stärker als in der Vergangenheit zu berücksichtigen. Das Interesse aller Beteiligten auf der staatlichen Ebene ist vorhanden, der Tourist selbst scheint bereit, sich diesen Notwendigkeiten nicht zu verschließen.

Der Touristenboom der beiden letzten Jahrzehnte hat vor den Ländern der Dritten Welt nicht haltgemacht. Rund elf Prozent des Touristenstroms ergießen sich in die Entwicklungsländer, jährlich mehr als 30 Millionen Devisenbringer. Derzeit reisen im Jahr mehr als 500.000 Bundesbürger in die Länder der Dritten Welt, insgesamt legt der Bundesdeutsche von den jährlich 40 Milliarden DM für Auslandsreisen einen respektablen Milliardenbetrag für Reisen in die Entwicklungsländer an.

Die Auswirkungen des Tourismus in die Dritte Welt sind indessen alles andere als problemlos. Die positiven Wirkungen werden oft überschätzt, die negativen verdrängt. Der Tourismus als Devisenbringer schlägt sich in den Kassen der Entwicklungsländer geringer als vermutet nieder. Schätzungen über den Anteil, der wirklich im Lande bleibt, sind höchst unterschiedlich, abhängig von der Infrastruktur dieser Länder, von der Tatsache, ob landeseigenen Fluglinien an den Touristenströmen beteiligt sind, von der Tatsache, inwieweit sich die Hotels im Besitz ausländischer Partner befinden. Die "Sickerrate", das heißt also der Anteil der Devisen, der nicht im Lande verbleibt, liegt zwischen 20 und 80 Prozent, der Netto-Deviseneffekt des Tourismus ist umso günstiger, je mehr die Wertschöpfung an vorhandenen Ressourcen aufbauen kann und je weniger er durch hohe Importe geschmälert wird.

Zwar liegt der Einnahmeüberschuß der Entwicklungsländer aus dem Tourismus in Milliardenhöhe, indessen partizipieren nur eine gute Handvoll Länder erheblich an diesen Einnahmen. 1976 etwa entfiel mehr als die Hälfte der Einnahmen auf acht Länder. Indessen waren diese Länder keineswegs Spitzenreiter bei dem im Lande verbliebenen Anteil an Devisen.

Tourismus schafft Arbeitsplätze, er vernichtet allerdings andere, indem er Personal von Stellen abzieht, die schwierig zu besetzen sind. Jedes Hotelbett bedeutet einen Arbeitsplatz, wobei auch in den Entwicklungsländern der Frauenanteil an diesen Arbeitsplätzen relativ hoch ist.

Positive Wirkungen auf die Einkommensverteilung angesichts dieses Beschäftigungspolitischen Aspekts sind kaum feststellbar. Indessen sind die Auswirkungen dergestalt, daß diejenigen, die als Zimmermädchen, Kellner oder Kofferträger Dienst tun, ihre angestammten



Tätigkeiten aufgeben. Dies bleibt nicht ohne strukturelle Auswirkungen. Wenn der Touristenboom nachläßt, weil etwa ein anderes Land bevorzugt wird, ist, sofern die ursprünglichen Arbeitsplätze wieder besetzt wurden, Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern. Tourismus ist auch in Europa oft genug eine rein saisonale Tätigkeit. Die Folgen sind auch bei uns schwierig zu überwinden, wieviel schwieriger dann erst in den Entwicklungsländern. Zudem: Je besser die Arbeit dotiert, je weniger krisenanfällig sie ist, desto höher ist der Anteil der Ausländer.

Die Wirkung des Verhaltens der Touristen in den Entwicklungsländern wird oft genug unterschätzt. Der "häßliche Amerikaner" hatte in den 50er Jahren sogar literarische Qualität erworben, wir sollten darauf achten, daß in den 80er Jahren nicht etwa der "ugly german" in seine Fußstapfen tritt. Die negative Wirkung des Verhaltens ausländischer Touristen zum Beispiel in arabischen Ländern ist bereits aktenkundig geworden.

Es ist keine zwei Jahre her, daß sich die in Manila tagende Welt-Tourismuskonferenz grundsätzlich mit diesen Fragen auseinandersetzen und die Industrieländer auffordern mußte, bei der Förderung des Fremdenverkehrs mehr Rücksicht auf die kulturellen und sozialen Besonderheiten der Gastländer zu nehmen.

Die UNESCO hatte schon zuvor feststellen müssen, daß zu den Begleiterscheinungen des Tourismus eine verstärkte Kriminalität, insbesondere von Kindern, gehört. Die "Segnungen" des Tourismus in Thailand etwa sind bekannt. Die Grenzen zur Kriminalität werden neuerdings auch bei uns und in unseren Nachbarstaaten dort überschritten, wo sich ein Gewerbe breitmacht, das aus der Not in Ländern der Dritten Welt Kapital schlägt, indem ein Menschenhandel betrieben wird, der auch vor Minderjährigen und Kindern nicht halt macht.

Die Jugendprostitution hat in Ländern wie Thailand, Sri Lanka und den Philippinen ein solches Ausmaß angenommen, daß die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sich noch in diesem Monat damit befassen wird. Zum Anlaß nimmt sie einen in den Niederlanden herausgegebenen Reiseführer, der unter anderem auch Schulen nennt, wo Jungen und Mädchen für diese Zwecke angeworben werden können. Es ist zweifellos an der Zeit zu überlegen, mit welchen Mitteln dieser menschenverachtenden Form "individueller Entwicklungshilfe" Einhalt geboten werden kann.

Soll der Ferntourismus stärker in den Dienst der Entwicklungspolitik gestellt werden, müssen die Vorkenntnisse des Reisenden über sein Gastland intensiviert und seine Bereitschaft, sich mit den Problemen des Ziellandes auseinanderzusetzen, gefördert werden. Der Ferntourist ist schließlich zu einem der Hauptmultiplikatoren für die Entwicklungspolitik geworden, sowohl vor Ort als auch in der Heimat.



Repräsentativ-Untersuchungen zeigen, daß unter den deutschen Dritte-Welt-Reisenden die mittlere und jüngere Altersgruppe überproportional vertreten ist, daß der Anteil der Freiberufler, Selbständigen, der Beamten und Angestellten fast 60 Prozent ausmacht. Entsprechend hoch ist auch der Bildungsstand.

Der Ferntourist ist dabei nicht nur am Abhaken der Attraktionen und touristischen Sehenswürdigkeiten interessiert, er ist auch aufgeschlossen genug, einen Blick hinter die touristischen Kulissen zu riskieren.

40 Prozent der Touristen sind bereit, sich vor und während der Reise mit den besonderen Problemen des Gastlandes zu befassen, das Thema Entwicklungshilfe während dieser Reise zu berücksichtigen und Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, das Land auf eigene Faust zu erkunden. Von Touristensilos, die oft genug Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt dokumentieren, halten diese Reisenden wenig, sie ziehen kleine, landestypische Hotels und den Kontakt mit den Einheimischen vor.

Ein Interessenpotential für qualifizierte Reiseformen ist zweifellos vorhanden, es wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Schon aus diesem Grund sollte es für die Touristik-Branche attraktiv sein, ihr Angebot für diese Reisen auszuweiten. Die Politik hat sich diesem Bereich bereits zugewandt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit arbeitet mit wissenschaftlichen Instituten zusammen, die sich auf diesen Tourismusbereich spezialisiert haben, er kooperiert mit den Reiseveranstaltern, die DSE veranstaltet Fernreise-Seminare. Der "Studienkreis für Tourismus" gibt seit einiger Zeit länderbezogene Sympathiemagazine heraus mit dem Ziel, Fern-Tourismus dafür aufgeschlossen zu machen, während ihres Aufenthalts in Entwicklungsländern ein bißchen mehr über Land und Leute zu erfahren als üblich und Verständnis zu wecken. Alle diese Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit können dazu beitragen, die negativen Wirkungen des Ferntourismus einzuschränken, die positiven auszuweiten.

Private Initiative, wie sie im Ferntourismus erkennbar wird, soll und kann die öffentlichen Bemühungen in der Entwicklungshilfe nicht ersetzen; allerdings ist es kein utopisches Ziel, ein öffentliches Angebot bereitzustellen, das mithilft, den Touristenstrom in die Entwicklungsländer zu qualifizieren und somit den Wunsch von Hunderttausenden, die Dritte Welt kennenzulernen, mehr als in der Vergangenheit zu einem ganz privaten entwicklungspolitischen Beitrag zu machen.

Die Bereitschaft der Entwicklungsländer, diesen Tourismus auszubauen, ist zweifellos vorhanden. Kenia etwa ist außerordentlich bemüht, die Afrikanisierung des Tourismus zu forcieren. Wenn es gelingt, das Interesse in den Industrieländern vermehrt auf einen solchen qualifizierten Tourismus zu lenken, können negative Wirkungen erheblich eingeschränkt werden, vergrößert sich der entwicklungspolitische Effekt dieses ebenso finanzträchtigen wie volkswirtschaftlich interessanten Bereichs, werden Vorurteile in Entwicklungsländern wie Industriestaaten schneller abzubauen sein.

(-/26.2.1982/hi/va)



Schuldenpolitik Marke Albrecht

Die CDU betreibt eine unsaubere Politik

Von Ewald Dressmann MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Haushaltspolitik der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Die CDU redet im niedersächsischen Kommunalwahlkampf und auch anderswo gebetsmühlengleich über eine angeblich "unverantwortliche Verschuldungspolitik" der Bundesregierung. Tatsache aber ist, daß die Bundesrepublik mit Hilfe staatlicher Beschäftigungsprogramme die weltweite Wirtschaftskrise besser überstanden hat als die meisten anderen Industrieländer. In Niedersachsen tutet Albrecht ins gleiche Horn, obwohl Albrecht Gelegenheit hatte, in Niedersachsen vorzumachen, was für die Bundesrepublik von der CDU empfohlen wird.

Und das sind die Tatsachen:

- 1975 - als Sozialdemokraten in Niedersachsen regierten - betrug der Schuldenstand des Landes 7,5 Milliarden DM.
- 1981 haben sich die Landesschulden mehr als verdoppelt. Sie betragen jetzt 19,9 Milliarden DM.
- Am Ende der Legislaturperiode 1982 werden sie sich verdreifachen. Dann wird die CDU-Landesregierung einen Schuldenberg von 22,4 Milliarden DM aufgetürmt haben.
- Nach den Planungen der CDU-Landesregierung wird 1984 ein Schuldenberg von 27,1 Milliarden DM aufgehäuft sein.

Ein bezeichnendes Licht werfen auch die folgenden Zahlen auf die zwiespältige Argumentation von Albrecht und überhaupt der CDU:

- Im Jahre 1982 soll die (Brutto-) Kreditaufnahme des Landes Niedersachsen auf die nie dagewesene Höhe von 3,7 Milliarden DM steigen.
- Die CDU-Länder sind unter den Flächenstaaten am höchsten verschuldet. So sieht die Reihenfolge aus:

1. Saarland	CDU 2.745 DM	je Einwohner
2. Schleswig-Holstein	CDU 2.633 DM	(aus Krediten)
3. Rheinland-Pfalz	CDU 2.096 DM	"
4. Niedersachsen	CDU 2.081 DM	"

(Quelle: Statistische Monatshefte Niedersachsen)

Der Länderdurchschnitt beträgt übrigens 1.596 DM je Einwohner. Niedersachsen liegt 30 Prozent darüber.

Zu all dem muß man wissen, daß der Bund Niedersachsen jährlich rund 2,7 Milliarden DM (Stand 1979) als Finanzhilfen oder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe überweist, damit das Land wichtige Aufgaben für seine Bürger erfüllen kann. Derselbe Bund, der von der CDU im Wahlkampf wegen angeblich "unverantwortlicher Verschuldung" scharf angegriffen wird.  
(-/26.2.1982/hi/va)